

Die V. I. 3. und die Sachlieferungen

Von Arthur Ramcke

Die Hoffnungen, die sich anfangs an das Sachlieferungs-geschäft als zusätzliche Exportmöglichkeit knüpften, sind — mit ganz geringen Ausnahmen — unerfüllt geblieben. Trotz dieses Misserfolgs glaubt man in gewissen Kreisen noch immer, daß man das Sachlieferungs-geschäft durch Sonderprogramme erweitern und womöglich in anderer Gestalt über den Schlusstermin hinaus aufrecht erhalten könnte. Es erscheint müßig, auf längere Zeit hinaus reparationspolitische Abschätzungen vorzunehmen. Auch hinsichtlich des wirtschaftlichen Wirkungsgrades der in den Youngplan eingebauten Internationalen Zahlungsbank erscheint es besser, die Erwartungen auf eine Belebung des internationalen Ausfuhr-geschäfts nicht zu spannen. Ursprünglich war ja beabsichtigt, die der Bank zustehenden Geldmittel teilweise zur Finanzierung von Ausfuhr-geschäften zu verwenden. Inzwischen hat sich aber ergeben, daß sich in einigen maßgebenden Ländern die Widerstände gegen eine privatwirtschaftliche Tätigkeit der Bank verstärken und deren Funktionen möglichst eingeschränkt werden sollen. Die Aussichten, über den Rahmen der festgesetzten jährlichen Sachlieferungsquote hinaus Sonderprogramme abzuschließen, sind jedenfalls sehr gering.

Die Neuregelung der Sachlieferungen im Haager Plan bringt auch eine starke Veränderung in den daran beteiligten Warengruppen, wovon auch die deutsche Gesamtwirtschaft nicht unberührt bleibt. Der Wert der Sachlieferungen von 1924 betrug rund 3,3 Milliarden RM., also über 5 Prozent der gesamten deutschen Warenausfuhr in diesem Zeitraum ohne Recovery Act. Die deutschen Brennstoff-lieferungen, in erster Linie Kohle, waren daran mit etwa 50 Prozent beteiligt. Die deutsche Kohlenwirtschaft hatte im Reparationslieferungs-geschäft einen guten Stützpunkt. Frankreich deckte seinen Einfuhrbedarf an Kohle vorwiegend in Deutschland, Italien ausgiebig seinen Anteil an den deutschen Zahlungen zu einem beträchtlichen Teile in Kohlen-bezügen für die Staatsbahnen aus. Diese zwei Absatz-märkte müssen sich im Rahmen der gekürzten Gesamtquote Einschränkungen aufzulegen. Frankreich hat zwar von jeher seinen Einfuhrbedarf in Deutschland gedeckt. Es ist jedoch fraglich, ob der deutsche Bergbau im freien Verkehr seine Stellung behaupten kann, denn England wird sich den Wettbewerb etwas lösen lassen. Die italienische Regierung hat bereits auf Grund der im Haag getroffenen Vereinbarungen die deutschen Kohlenlieferungen zugunsten Englands um eine Million Tonnen verringert, und auch Frankreich wird seine Kohlenbestellungen noch in diesem Jahre stark ermäßigen, so daß die freien Wettbewerbsverhältnisse wieder mehr Raum gewinnen und nach Ablauf von zehn Jahren wieder vollständig hergestellt sein sollen. Das Reparationskohlen-geschäft für den deutschen Bergbau mit Frankreich ist schon von diesem Jahre ab nicht mehr so rentabel wie in den letzten Jahren, da die Zuschüsse wegfallen, die sowohl die deutsche Regierung als auch die französische dem deutschen Kohlenprodukt gewährt haben und die, je nach der Preisrelation am Weltmarkt, zwischen sich zwischen 3 und 4,50 RM. für die Tonne, mit Ausnahme von Koks, bewegten. Frankreich zahlt allerdings eine geringere Beihilfe weiter. Die Verluste des deutschen Bergbaues durch das neue Sachlieferungsprogramm sind nicht gering und müssen von Jahr zu Jahr steigen, denn es wird nur unter großen Preisopfern möglich sein, diesen Ausfall durch verstärkten Absatz am freien Markt auszugleichen.

Infolge der Beschränkung des Zehnjahresplanes der Sachlieferungen ohne Recovery Act auf rund 3,78 Milliarden RM. ist eine vollständige Abänderung der Lieferungs-programme in den einzelnen Ländern notwendig. Die Quoten einiger kleiner Länder, insbesondere der Balkan-staaten, sind bereits durch die alten Aufträge so gut wie ausgeschöpft, und es fragt sich, ob diese Staaten nun nicht verjungen werden, ihre festen Quoten nach anderen Gesichtspunkten aufzuteilen. Es steht zu erwarten, daß die Gläubigerländer bei ihren Bestellungen in Zukunft solche Waren bevorzugen, die von der eigenen Industrie überhaupt nicht oder nicht in der hohen Qualität hergestellt werden. Es ist hier besonders an Chemikalien zu denken, die bisher schon an zweiter Stelle standen, dann an Maschinen und Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie, auch an Papier und Zellstoff. Bisher wurden je nach Bedarf und wenig planmäßig Reparationsaufträge gegeben, denn es waren dabei nicht unbeträchtliche Nebengeschäfte zu machen. In den nächsten zehn Jahren dürfen aber insgesamt wertmäßig nicht viel mehr Reparationsbestellungen vorgenommen werden als in den letzten sechs Jahren. Die neue Verfahrensvorschrift für Sachlieferungen steht auch nur für besondere Fälle (Schienenlieferungen nach Rumänien) die Vornahme späterer Jahresanteile an den deutschen Zahlungen zur Finanzierung der Aufträge vor, falls eine freie Vereinbarung zustande kommt. Von den alten Verträgen mit Frankreich, die einen Sachleistungswert von mehreren hundert Millionen RM. darstellen, wird wahrscheinlich nur ein geringer Teil zur Ausführung gelangen. Die nicht geringen Ankosten für die Ausarbeitung der Projekte muß der deutsche Vertragspartner tragen. Es handelt sich dabei vornehmlich um große Bauaufträge, die von den

französischen Behörden erteilt wurden und zum Teil mit deutschen Arbeitern durchgeführt werden sollen. Die schon abgewickelten Verträge haben in der französischen Industrie großen Unwillen hervorgerufen. Auch das französische Arbeitsministerium hat sich dem Widerstande angeschlossen. Die deutsche Bauwirtschaft wird trotzdem mit größeren Aufträgen rechnen können, denn Frankreich ist am Zehnjahres-plan mit 2,8 Milliarden RM. beteiligt, und der neue Plan weist den Tributländern die Verantwortung für die Aus-nutzung ihrer Quoten zu. Etwaige Restquoten, soweit sie nicht nach den Vorschriften auf einen späteren Zeitraum übertragbar sind (nur in wenigen Fällen), verfallen zu-gunsten Deutschlands. Die jährlich absinkenden Quoten werden aber von allen Ländern ohne Schwierigkeiten aus-genutzt werden können. Für die privaten Besteller kommt allerdings die früher übliche langfristige Kreditgewährung seitens der französischen Regierung in Wegfall, da die Ab-wicklung der Zahlungen von der Internationalen Bank vorgenommen wird.

Die Höhe des französischen Anteils an den festumgrenzten Sachlieferungen und die neuen Verfahrens-vorschriften haben die französische Regierung veranlaßt, einen Plan aufzu-stellen, über dessen Einzelheiten zwischen den Ministerien noch verhandelt wird. Schon seit Wochen werden die zu-ständigen Stellen von deutschen Lieferfirmen und franzö-sischen Bestellern mit Anträgen überhäuft. Die Gefahr der Unterbietung bei der Bewerbung um Reparationsaufträge besteht heute in noch höherem Maße als früher, was einer freiwilligen zusätzlichen Reparationsleistung gleichkommt. Die neue Verfahrens-vorschrift erkennt zwar grundsätzlich an, daß Sachleistungen unter den gewöhnlichen geschäft-lichen Bedingungen abgeschlossen werden können; sie hat aber den Grundsatz im Paragraph 12 durchbrochen, der die deutsche Regierung zum Einschreiten verpflichtet, wenn deutsche Lieferfirmen sich vor gegenseitiger Unterbietung auf organisatorischem Wege schützen wollen. Diese Bestim-mung ist sehr dehnbar; sie verhindert streng genommen Preisabkommen deutscher Firmen im Auslands-geschäft. Der Paragraph erscheint überflüssig; er ist nicht nur nicht durch-zuführen, sondern auch betreffs des Wettbewerbs zwischen den deutschen Lieferfirmen gegenstandslos.

Die deutschen Lieferfirmen würden besser tun, mit ihren Anträgen zurückzuhalten, bis die Internationale Zahlungs-bank ihre Tätigkeit aufgenommen hat und es sich übersehen lassen wird, welchen Kurs dieses Institut in der Kredit-frage, die am Ende auch die Preisbildung beeinflusst, ein-schlagen wird.

Vor einer Tarifierhöhung bei der Reichsbahn

Rede des Reichsverkehrsministers im Reichs-Parlament
Berlin, 2. Mai. Reichsverkehrsminister von Guertel eröffnete die Tagung des Reichs-Parlamentes mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß demnächst auch die Änderungen in der Organisation der Reichsbahn praktisch werden, die sich aus dem neuen Plan ergeben. An der Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn-Gesellschaft, so führte der Minister weiter aus, haben die ausländischen Mitglieder zum letzten Male teilgenom-men. Auch der ausländische Kommissar und der Treuhänder werden demnächst ausscheiden. Die Reichsbahn-Gesellschaft wird dann auch nach außen hin ihren Charakter als rein deutsches Un-ternehmen wiedergewonnen haben. In dem Verhältnis der Reichsregierung zur Reichsbahn treten keine grundlegenden Änderungen ein, da die Reichsbahn-Gesellschaft selbständiges wirtschaftliches Unternehmen bleiben wird. Immerhin werden die Beziehungen zwischen Reich und Reichsbahn enger als bis-her und der Einfluß der Reichsregierung auf die Geschäftsfüh-rung der Reichsbahn-Gesellschaft, insbesondere auch auf dem Ge-biete der Tarife wird vergrößert.

Aus dem neuen Reparationsproblem ergibt sich eine finan-zielle Entlastung für die Reichsbahn. Durch die künftig monat-liche statt halbjährliche Zahlung tritt vielmehr eine Erzhö-hung durch den Wegfall des Diskontes ein. Eine finanzielle Ent-lastung der Reichsbahn aus Mitteln des Reiches, insbesondere aus dem Ertrag der Beförderungssteuer, kommt im Hinblick auf die eigenen Finanzbedürfnisse des Reiches zur Zeit nicht in Frage. Um ihren Schwierigkeiten abzuhelfen, hat die Reichs-bahn-Gesellschaft

neue Anträge auf Tarifierhöhung gestellt.
Ohne selbstverständlich ihrer Beurteilung in irgend einer Weise vorzuziehen zu wollen, darf ich bemerken, daß sich bei den in diesen Tagen geführten Verhandlungen mit den Vertretern der Länder und im Ständigen Ausschuss des Reichs-Parlamentes bereits die Bereitwilligkeit gezeigt hat, wenigstens einem Teile der Tarifierhöhungsvorschläge zuzustimmen. Starke Widerstand richtet sich jedoch gegen die geplante Erhöhung der Wagen-ladungsstarke. In den bisherigen Besprechungen sind bereits andere Möglichkeiten erörtert worden, um der Reichsbahn die notwendigen Mehreinnahmen zu verschaffen. Es ist dabei in erster Linie an eine allgemeine Mehrbelastung des Personenver-kehrs gedacht worden, der zur Zeit rund 300 Millionen Zuschuß erfordert. Es ist ferner in diesem Zusammenhang auch die Ein-führung einer Ausgabekasse für den Kraftwaagenverkehr er-wähnt worden, durch welche die Reichsbahn einen Teil des an den Kraftwagen verlorenen Verkehrs zurückgewinnen könnte. Die unbedingte Notwendigkeit, die Reichsbahn finanziell leistungs-fähig zu erhalten, muß anerkannt werden. Ich hoffe, daß Ihre Arbeiten wesentlich dazu beitragen werden, eine Lösung dieses schwierigen Problems zu finden, die für die deutsche Wirtschaft tragbar ist und die Reichsbahn als Hauptträgerin der Repara-tionslast erhält.

Stärke in Sicherheitsentwürfen

Entwurf des Sicherheitsausschusses der Interparlamentarischen Union — Genfer Beratungen über die Kriegsverhütung — Coudenhoves neuer Entwurf — Briand's Fragebogen

Von Dr. Richard Grant

Während sich im Fernen Osten drohende Wetterwolken zusammenballen und die Welt noch von den kurz vor dem 1. Mai veröffentlichten revolutionären Aufrufen der Kom-munistischen Gewerkschafts-Internationale an das gesamte Weltproletariat widerhallt, diskutiert man in Europa in ebenso langwierigen wie zahlreichen Sitzungen der ver-schiedenartigsten Ausschüsse über die beste internationale Lösung des leidigen Sicherheitsproblems. Wir erleben zurzeit eine Hochflut von Sicherheitsentwürfen, die alle in der Alten Welt geprüft, erörtert und verwirft werden sollen, wie nie zuvor. Wie schwach muß es um diese Sicher-heit bestellt sein, wenn jahraus jahrein die heftigsten Geisteskräfte um ihren Bestand ausgesprochen werden! Wenn man durch immer neue Entwürfe und Verhandlungen die Zahl der Lösungsmöglichkeiten ins Unüberseh-bare steigert, statt mit einigem guten, lauterem Willen aller sich bedroht Fühlenden auf dem Wege einer General-abrüstung aller Staaten ans Ziel zu gelangen!

Welchen praktischen Nutzen hat beispielsweise die kürz-lich veröffentlichte Entschliessung des Sicherheitsausschusses der Interparlamentarischen Union, der vom 23. bis zum 28. April in Genf so eifrig tagte? Sie betont die No-wendigkeit einer ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen und verweist auf die von der Interparlamentarischen Union auf ihrer Pariser Tagung im Jahre 1927 ausgearbeiteten Vorschläge. Sie knüpft an die „zufriedenstellenden Teil-ergebnisse (1) der Londoner Flottenverhandlungen, die den Boden für die Ausarbeitung eines allgemeinen Abrüstungs-abkommens vorbereitet haben“, den Wunsch und die Hoff-nung, der Völkerbundsrat möge unverzüglich die notwen-digen Maßnahmen ergreifen, um den Vorbereitenden Ab-rüstungsausschuss so schnell wie möglich einzuberufen. Diese „Ergreifung notwendiger Maßnahmen“ ist folgsamer als einer stereotypen Mahnung, zur Aufforderung eines Blinde-hüpfspiels geworden, bei dem alle Beteiligten mit verbun-denen Augen durcheinanderwirbeln und nach Sicherheit schreien. Alle fordern sich gegenseitig zur Erreichung zwe-dentlicher Maßnahmen auf, aber niemand ergreift sie. Das also ist des Pudels Kern.

Inzwischen hat die Sicherheitskonferenz in Genf ihre Beratungen wieder aufgenommen. Der im Sommer 1928 vom Sicherheitskomitee in abgeänderter Fassung angenom-mene deutsche „Rüstervertrag“ über die Kriegsverhütung-Funktion des Völkerbundes soll gemäß Beschluß der letzten Völkerbundversammlung zu einem allgemeinen Abkommen zurückerstattet werden. Desgleichen ein von Finnland ein-gebrachter Entwurf über die finanzielle Beihilfe aller Ver-tragsstaaten für einen angegriffenen Staat. Diese beiden in den Vordergrund der Tagung geschobenen Programmpunkte lassen sich nicht von heute auf morgen erledigen, sondern bedürfen im einzelnen einer weit umfassenderen Prüfungsarbeit, als sie die Sicherheitskonferenz in Kürze zu leisten vermag.

Unendlich verwirrt ist im Laufe der Nachkriegsjahre das fundamentale Teilproblem der allgemeinen Sicherheits-frage, das der Kriegsverhütung, geworden. Trotz aller Schweig- und Tintenströme, trotz Kellogg- und Dreimächte-pakt und aller vorbereitenden Abrüstungskonferenzen konnte bisher noch keine allgemein gültige Lösungsformel gefun-den werden. Vergeblich versucht z. B. England die in London jüngst aus taktischen Erwägungen zerstreuten Fä-den der Auseinandersetzung über die generelle Abrüstung wieder in seine Hand zu bekommen. In Paris begegnet man allen neuen englischen Vorschlägen, die auf den Ent-wurf eines Abkommens über vorbeugende Maßnahmen zur Kriegsverhütung hincielen, mit äußerster Skepsis. Mit anderen Worten: Die Divergenz der Standpunkte offen-bart sich wieder einmal in voller Größe.

Wie bei dieser Lage der Dinge jener „ewige Bund zur dauernden Sicherung des europäischen Friedens und zur Organisation der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Völkern“ in absehbarer Zeit geschlossen werden soll, den Graf Coudenhove-Kalergi in seinem kürzlich veröffentlichten „Entwurf für einen paneuropäischen Pakt“ so ausführlich behandelt, ist nicht recht ersichtlich. Die Mitglieder dieses „Euro-päischen Staatenbundes“, der als gegründet gilt, sobald Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von mindestens 120 Millionen Europäern den Pakt ratifiziert haben, ver-bürgen einander u. a. die Einhaltung des Völkerbunds- und des Antikriegspaktes (Kelloggpaktes). Sie verpflichten sich außerdem, alle ihre nicht durch Einigung beizulegenden



Streitigkeiten mit Bundesmitgliedern dem Bundesgericht zur Entscheidung vorzulegen und sich dessen Urteil zu unterwerfen. Dieses Bundesgericht hat als oberste Instanz jegliche Verletzung des Bundespakttes festzustellen. Ihm obliegt die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Bundesgebiet sowie die Abgrenzung der Kompetenzen sämtlicher Bundesbehörden und Regierungen der Bundesstaaten und die maßgebliche Auslegung des Bundespakttes.

Schon aus diesen unvollständigen Angaben erhebt die Fülle der Schwierigkeiten, die sich auch der Ausführung dieses neuen paneuropäischen Entwurfes entgegenstellen werden. Ob endlich der Plan einer „Föderation der europäischen Staaten“, wie ihn bekanntlich Briand demnächst in Gestalt eines Fragebogens den Regierungen Europas zur Begutachtung vorlegen will, mehr Aussicht auf Bewirkung als der mit Sicherungen gespickte des Crajan Coudenhove-Kalergi haben wird, ist noch sehr die Frage.

Warnruf Trozkis

Das „opprobrierliche Hürdenrennen“ der Industrialisierung von unserem Rußland-Mitarbeiter

In seinem Exil in Konstantinopel entwickelt Leo Trozki eine rege literarisch-publizistische Tätigkeit. Mit allen Mitteln seiner langjährigen Erfahrung im illegalen Kampfe versucht er seine Meinung über die Art und Weise der Stalinischen Kurie mit Hilfe seiner in Europa verstreuten Freunde in Form von Aufsätzen, Denkschriften und Broschüren nach Rußland einzuschmuggeln.

Jüngst veröffentlichte er einen „Warnruf“ an alle Mitglieder der russischen kommunistischen Partei, in welchem er die Politik der Komintern und die innere Wirtschaftspolitik Stalins einer scharfen Kritik unterzieht. Es ist auffallend, daß gerade Trozki, der stets als der Vorkämpfer und Verfechter der extremsten linken Richtung innerhalb der bolschewistischen Partei galt, jetzt den Linkskurs Stalins als höchst abenteuerlich und gefährlich brandmarkt und Alarm schlägt.

Die Politik Stalins — schreibt Trozki — ist zur Abenteuerpolitik geworden und gleicht der Schiffsführung eines jeckran gewordenen Schiffers auf hoher See. Sie treibt das Land einer gefährlichen Krise entgegen, in welcher der Existenz des Sowjetstaates eine akute Gefahr drohen würde.

Trozki wendet sich in erster Reihe gegen die überstürzte Politik der Kollektivierung der russischen Landwirtschaft. Mit Recht behauptet er, daß die wirtschaftliche Entwicklung jedes Landes seinen produktiven Kräften entsprechen muß und daß jede mit Gewalt vorgenommene Uebersteigerung dieser Entwicklung zu einem unausbleiblichen schweren Rückschlag führen muß.

Der utopische Gedanke, die rückständige russische Bauernwirtschaft in kürzester Zeit zu einer hochentwickelten mechanisierten Kollektivwirtschaft durch Anwendung von Zwangsmitteln auszugestalten, hat augenscheinlich Schiffbruch erlitten. War es denn anders möglich? Im ganzen unermesslich weiten Lande gab es im Frühjahr dieses Jahres, zum Beginn der Saatkampagne, 23 000 landwirtschaftliche Traktoren, von denen sich die Hälfte in untauglichem Zustande befand. Zur Verfügung standen also nicht mehr als 10 000 bis 12 000 Traktoren. Nach der offiziellen Berechnung der Sowjetpresse brauchte man zur Bewirtschaftung der bereits kollektivierten landwirtschaftlichen Betriebe mindestens 1,5 Millionen Traktoren. Ist es denn verwunderlich, daß die übergroße Zahl der zwangsweise gebildeten Kollektiven, ohne Betriebsmittel, ohne Geräte, ohne Zugkraft, sich in Kürze als eine schlimme Ausgeburt der bürokratischen Utopie der Parteizentrale, als „papierne Wirtschaften“, erwiesen haben.

Vor die unheilvolle Gefahr des Mißlingens der Saatkampagne und das darauffolgende Hungergepeiß gestellt, trat die Stalinische Führung den Rückzug an. Statt eines Aufbaues wurde Vernichtung und Verzweiflung ins weite Land getragen.

Derselbe Rückschlag — meint Trozki — aber in gigantischem Ausmaße, drohe dem Lande auf dem Gebiete der verstaatlichten Industrie.

„Die Volkswirtschaft läßt sich nicht vergewaltigen. Das Hürdenrennen des Industrialisierungstempos, welches die gegebenen materiellen und produktiven Möglichkeiten außer acht läßt, schafft illusorische Werte, führt zu einer neuen Inflation, bringt die akute Gefahr einer furchtbaren Sprengung...“

Klar und deutlich werden von Trozki Tatsachen anerkannt, welche die offizielle Sowjetpresse und die gehorchen Organe der Moskauer Zentrale in West-Europa stets in Abrede stellen.

„Die Krise der Revolution, ohne ein Ventil in der Politik der Partei gefunden zu haben, beginnt in eine schwerste Krise des ganzen Landes zu münden. Die Lage der Arbeitermassen wird täglich schlimmer. Das Sinken der realen Löhne, die sich verschärfende Wohnungsnot, Verminderung der Löhne, die Abgaben des Staates, Verschlechterung der rechtlichen Lage der Arbeiterschaft — alle diese Momente bedeuten das Herannahen der tiefsten Phase der gegenwärtigen Krise, die die Partei und das Land vor die Alternative stellen wird: entweder eine radikale Aenderung des jetzigen Kurses auf dem Wege der Wiederaufrichtung der bolschewistischen Partei oder Untergang der proletarischen Diktatur.“

Aber nicht nur die innere Politik der Stalinischen Führung, auch die Weltpolitik der Komintern wären, nach Trozkis Behauptung, höchst gefährlich.

Die kommunistische Bewegung wäre in allen Ländern Europas in eine Periode des abenteuerlichen Putschismus getreten. Ueberall werden sogenannte „rote Tage“ ver-

anstaltet, die aufgepeitschten Massen werden auf die Straßen getrieben, die Moskauer Presse und besonders die „Browda“ belügen ihre Leser und spiegeln ihnen falsche Tatsachen über das Anwachsen der revolutionären Situation in Europa vor...

Das alles schreibt jetzt Leo Trozki in seinem ihm aufgezwungenen Exil.

Er sieht den einzigen Ausgang in der sofortigen Aenderung der Führung der russischen kommunistischen Partei und der Komintern, aber unter unbedingter Beibehaltung der Diktatur.

Für einen objektiven Beurteiler bedeutet aber die Richtlinie Trozkis — sollte sie sich tatsächlich durchsetzen — nur die Weiterführung derselben Politik durch andere Menschen.

Trozki an Stelle Stalins — das ist der verborgene Kern der Weisheit.

Wir glauben nicht an dieses Rezept. Nach den ehernen Gesetzen der Entwicklung muß die russische Revolution ihre stürmische Bewegung fortsetzen, bis der Kreis sich geschlossen hat, bis aus den Tiefen des durchwühlten Lebens neue innere Kräfte sich gebildet haben, die den Abschluß vollenden, die den russischen Teil in neue Formen fügen. Die Maschine der russischen Revolution rast weiter, ras unaufhaltbar, wie eine Lokomotive mit überheiztem Kessel und vollem Dampf durch einen brennenden Wald.

Vorwärts, vorwärts... ringsum Flammen, der Kessel ist zum Plagen rot. Es gibt kein Zurück...

H. Berg.

Warum Oberamtsaufteilung?

Der Reichsparlamentarier zu den Einwendungen gegen die Reorganisation der Oberamtsbezirke

Der Reichsparlamentarier nimmt in seinem Gutachten über die Landesverwaltung Württembergs auch gleich zu den Einwendungen, die vom Interessentenstandpunkt der durch die Aufhebung von Oberämtern betroffenen Gemeinden aus gegen die Reorganisation der Oberamtsbezirke erhoben werden. Stellung und schreibt, daß die Einwendungen die verwaltungspolitische und finanzpolitische Zweckmäßigkeitserwägungen fast vollständig unterdrückt lassen. „Die betreffenden Gemeinden können sich bei der Vertretung ihres Interessenstandpunktes nicht oder nur in beschränktem Umfang darauf berufen, daß durch die Aufhebung ihrer Oberämter Verkehrsinteressen des Publikums in erheblichem Umfang beeinträchtigt werden. Die Oberämter haben im Verhältnis zu den Amtsgerichten und den Finanzämtern den geringsten Publikumsverkehr. Unter den Personen, die auf dem Oberamt zu tun haben, bilden ehrenamtliche oder beamtete Vertreter der Gemeinden die Mehrzahl. Die meisten Bezirksangehörigen werden auf dem Oberamt überhaupt keine Geschäfte zu erledigen haben. Die Städte können nicht geltend machen, daß ihre bedrohten Interessen ausgleich solche weiter Volksteile sind, daß mit der Aufhebung der Behörden — wie es vielfach behauptet wird — das flache Land von Kulturzentren entblößt und verödet wird. Mit der von ihm vorgeschlagenen Reorganisation verfolgt das Gutachten gerade den umgekehrten Zweck: durch ein weit ausgreifendes Pastenausgleich ertüchtliche Lebensbedingungen auf dem Lande zu schaffen und damit der Landflucht entgegenzuwirken. Die wirtschaftlichen Interessen der Städte werden durch den Fortzug der wenigen Beamtenfamilien und durch den Fortfall des Publikumsverkehrs in den Behörden nicht stark betroffen. Die wirtschaftsgeographischen Erhebungen haben gezeigt, daß der Verkehr der Gemeinden im allgemeinen ihrer wirtschaftlichen Tendenz folgt und sich dieser Tendenz entsprechend so weit er überhaupt nach Oberamtsstädten hinzieht, bereits anderen Oberamtsstädten zugewandt hat. Die kulturelle Einbuße, die die Gemeinden durch den Fortgang der Beamtenfamilien erleiden, darf gerade in Württemberg darum nicht zu groß angesehen werden, weil es Berufsbeamte sind, durch die die Einrichtung der Fachhochschulen ganz besonders weit verzweigt ist. Es darf daran erinnert werden, so schreibt der Reichsparlamentarier weiter, daß die Oberamtsstädte vor bereits mehr als hundert Jahren mit genau den gleichen Gründen ihre Interessen an der Aufrechterhaltung der Behörden verteidigt haben. Gegen starke Widerstände war in den Jahren von 1806 bis 1817 die Zusammenlegung der Kreise durchgeführt worden. Auch nach der Durchführung hörten die Städte nicht auf, ihre Wiederherstellung als Behördenstand zu betreiben. Damals war es kein geringer als Friedrich List, der ihren Bestrebungen mit folgenden Worten entgegentrat:

„Die Reklamationen derjenigen Orte in Württemberg, welche früher Oberamtsstädte waren, um Restitutions ihres alten Rechts und die Gründe, welche sie hierfür anführen, gehen in der Tat ins Lächerliche. Ihr Hauptgrund ist: daß durch die Wegnahme des Oberamtsstandes der Nahrungsstand der Orte geschwächt worden sei. Als ob die Oberamtskorporation darum geschaffen würde, das Wirte, Krämer und Wochbeler Absatz haben sollen.“

Mit diesen Worten selbst List die einseitig kommunalwirtschaftliche Einstellung und den Mangel an staatspolitischem Geist, der aus den Einwendungen der Oberamtsstädte spricht. Bei Berücksichtigung der heutigen Verkehrsverhältnisse gegen die die damaligen fast allerwärts anmuten, haben List's Worte für manche der Städte, die heute um ihr Oberamt kämpfen, vielleicht noch verstärkte Bedeutung.“

Ev. Landeskirchentag

Stuttgart, 30. April. Nach der Rede des Kirchenpräsidenten kamen die beiden Haushaltsberichterstattung vor. Abg. Seiz 2 führte in den neu vorgelegten Haushalt ein, der für die beiden Rechnungsjahre 1930 und 1931 einen Bedarf von je 12,5 Millionen Mark festsetzt und mit einem Abmangel von 58 500 Mark bzw. 101 500 Mark abschließt, der, soweit eine Deckung aus den wirklichen Einnahmen nicht möglich ist, aus dem Betriebskapital zu decken ist. Die bedeutendste Stelgerung weist wie in den anderen öffentlichen Verwaltungen Kap. 9 „Pensionen und Unterhaltungen“ auf. An Deckungsmitteln stehen hauptsächlich die Erträge der Landeskirchensteuer (je 3,9 Millionen Mark) zur Verfügung, wobei der bisherige Steuermaßstab im wesentlichen beibehalten wurde. Der Redner begrüßt die Ablehnung des sozialistischen Kürzungsantrags der Staatsauschüsse im Landtag. Die Möglichkeit einer allgemeinen Steuerentlastung wurde vom Ausschuss verneint. Die Senkung der katholischen Diözesansteuer von 6 Prozent auf 5 Prozent ist in der Öffentlichkeit sehr beachtet worden. Dazu bemerkt der Redner, daß die evangelische Kirchensteuer von vornherein niedriger als die ka-

tholische sei und daß Erdrückungen nicht vorhanden seien, zu denen man einen etwaigen Ausfall bedenken könne.

Abg. Böster bemerkte hierzu, daß die evangelische Landeskirchensteuer erst rund 4,5 Prozent der bürgerlichen Steuern betrage und daß der tatsächliche Wert der Steuererträge nicht vermehrt, vielmehr der Geldwert vermindert sei. Er betonte, daß die Frage der Einsparungen sehr sorgfältig beraten worden sei.

Die Aussprache zum Haushalt

wurde eröffnet durch die Führer der beiden Gruppen. Abg. Böhringer wies auf das Wachstum der Aufgaben hin, die nicht nur durch neue Posten (Errichtung der Evng. Landesjugendstelle), sondern auch durch neue Arbeit gefordert werden. Der Haushaltsplan zeige größte Sparsamkeit.

Abg. Schoell führte etwa aus, daß äußerlich angesehen, die kirchliche Lage nicht unbefriedigend sei; aber auf das innere Leben gesehen, müsse Sorge die Erfüllung der christlichen Glaubens- und Lebensgrundlagen, das Anwachsen einer selbstbewussten antichristlichen Agitation und einer reinen Diesseitskultur, die Zurückdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben. Andererseits gebe es auch viel echtes Christentum. Für die Gesamthaltung der Kirche sei nötig: eine Wiedergeburt — weniger rückwärts, mehr vorwärts gehen —, eine Stimmungsbildung — nicht nur erhalten, sondern neu gestalten und vorbringen wollen —, eine Frontänderung — weniger nach innen, mehr nach außen kämpfen.

Abg. Springer bezeichnet es als die Aufgabe der Kirche, sie aus ihrer dämonischen Eigengefehltheit für den sittlichen Willen zurückzuerobern. Es sei eine Pflicht evangelischer Gerechtigkeit, die relationalen Sozialisten ernst zu nehmen. Der relationalen Sozialismus sei aber abzulehnen, wenn er als sein Ziel die Eroberung und Dienstbarmachung der Kirche für die Zwecke der sozialistischen Partei erstrebe.

Abg. Otto begrüßte es, daß relational Bedürfnisse in der Arbeiterschaft vorhanden seien und erkannte den Mut und die Ueberzeugungstreue in den Kreisen der relationalen Sozialisten an. Sie stehen aber in Gefahr, das Soziale als den einzigen Inhalt des Evangeliums gelten zu lassen und das Religiöse zu verdrängen.

Stuttgart, 30. April. Bei Beratung der Einzelpläne kam es zu einer längeren Aussprache zur Arbeit des Deutschen Kirchenbundes. Abg. Fürtst Hohenlohe würdigt seine Bedeutung für den deutschen Protestantismus, das Auslandsdeutschtum und die ökumenische Bewegung. Kirchenpräsident D. Warm wünscht in der Reparationsfrage eine stärkere Aktivität des deutschen Protestantismus innerhalb der ökumenischen Bewegung. Bei Kap. 4 „Pfarr- und Dekanatsstellen“ wünscht Abg. Schwanter eine bessere Verteilung der geistlichen Kräfte nach dem Maßstab der Größe der Gemeinden. Prälat Maier-Bitt betont das Bestreben des Oberkirchenrats, den Wünschen der Gemeinden in den Pfarrbesetzungsfragen möglichst entgegenzukommen. Abg. Seiz 1 äußert einige Bedenken gegen das Zusammenlegen von kleineren Gemeinden. Abg. Böhringer berichtet über die von ihm gemachten Erfahrungen über den Dienst der Theologin. Abg. Frau Kroschberger bittet um eine stärkere Verwendung der Theologin für die eigentliche Gemeindearbeit, vor allem in der Seelsorge. Oberkirchenrat Frohmann weist darauf hin, daß der Bedarf der Kirche an Theologinnen aus technischen Gründen ein beschränkter sei. Abg. Held spricht über die seelsorgerliche Arbeit an den Taubstummen und Abg. Holz über die Studentenseelsorge, worauf Kap. 4 angenommen wird.

ev. — Stuttgart, 3. Mai. Am Freitag fanden die Verhandlungen des Landeskirchentages mit der Beratung der Deckungsmittel ihren Abschluß. Die Aussprache über Kap. 18: „Landeskirchensteuer“ war sehr lebhaft. Alle Redner stimmten darin überein, daß die Landeskirchensteuer ein notwendiges Übel sei. Von verschiedenen Seiten wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen die Landeskirchensteuer bei der gegenwärtigen Notlage beuge. Abg. Geßler betonte die schwere Kollage der Arbeiterschaft, Abg. Braun zeichnete an Hand von einigen Stichworten ein Bild von der Not der Landwirtschaft, während Abg. Saur über die Schwierigkeiten des selbständigen Gewerbes und der Industrie sprach. Dennoch wurde die Frage einer allgemeinen Senkung der Kirchensteuer als unumstößlich bezeichnet, da, wie Abg. Baur betonte, acht Neuntel aller Ausgaben zwangsläufig sind. Oberkirchenrat Dehler dankte für die Unterstützung der Finanzämter bei der Veranlagung der Kirchensteuer. Dem wurde der Entwurf des Haushaltsgesetzes für die Rechnungsjahre 1930 und 1931 einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Recht und Wirtschaft beantragte eine Vermehrung der vom Landeskirchentag zuzuzählenden Mitglieder von 4 auf 8. Kirchenpräsident D. Warm gab eine Erklärung der Kirchenleitung ab, wonach ein dringendes Bedürfnis für die angelegte Verfassungsänderung nicht vorliege und eine Vermehrung der Mitglieder parlamentarischer Körperschaften gegenwärtig nicht wünschenswert sei. Nach lebhafter Aussprache wird der Antrag in namentlicher Abstimmung angenommen.

Es kommt noch eine Anzahl verschiedener Eingaben zur Verhandlung u. a. eine solche, die eine Stellungnahme des Landeskirchentages gegen Trappwerkstätten am Fluggas und Flugschirmfabrikation fordert. Es wurde betont, daß andere sportliche Veranstaltungen wie Rennen, Bogenschießen und Zirkusvorführungen nicht weniger gefährlich sind. Eine Stellungnahme des Landeskirchentages könnte deshalb nur im Zusammenhang mit der Beurteilung jeder Art sensationellen Sportes erfolgen. Der Antrag über diese Eingabe bei aller Anerkennung ihrer guten Absicht zur Tagesordnung übergeben, wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger weiterer Anträge wurde die Sitzungsperiode mit dem Dank von Präsident Räder für die stützende Mitarbeit der Versammlung abgeschlossen.

Weiteres

Der Wunsch, Fräulein Laura Grunlich gibt wieder einmal ein Inserat auf. Es ist „Osterwunsch“ überschrieben und drückt sich sehr schön über die Hoffen, das Verlangen nach einem Lebensamerablen aus, der womöglich ein Herr mit Pensionberechtigung sein soll. „Ein- oder zweimal?“ fragte der junge Mann am Inseratenhändler. „Bei zweimal ist es billiger.“ — „Dann also zweimal. Aber ich bitte, die Anzeige zum zweitenmal erst nach sechs Wochen erscheinen zu lassen und dann „Pfingstwunsch“ darüber zu legen.“ (Reagendorfer Blätter.)

Materei. Die Mama macht sich zurecht. Vor dem... Mit Lippenstift, Brauenstift, zehnerlei Schminken und Puder. Der kleine Fratz hat zugeschaut. Und als sie fertig ist, sagt er: „Aber die Oesterle sind noch sauber, Mutti...“

Geographie und Liebe. „Sie haben Ihre Frau auf einer Reise kennengelernt?“ — „Ja, in Schaffhausen.“ — „Also sozusagen davoelter Kennja!“

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altenfeld. Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Volkmer.

